



Protokollauszug
zum GEMEINDERAT

am Dienstag, 04.12.2012, 17:30 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

| | | |
|--------------|---|------------------------|
| TOP 1 | Haushaltsplan 2013 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2012-2016 - Beratung und Entscheidung über Anträge zum Haushaltsplan (Vorl. Nrn. 510/12 bis 584/12 sowie 572/11) (Vorberatung) | Vorl.Nr. 445/12 |
|--------------|---|------------------------|

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) weist auf die 76 Anträge hin, die von den im Gemeinderat vertretenen Fraktionen und den Einzelstadträtinnen und -räten zum Haushaltsplan eingereicht worden seien. Ziel sei heute die Beratung der den Verwaltungshaushalt betreffenden Positionen. Am Ende des heutigen Tages werde man dann auch über die Erhöhung der Realsteuerhebesätze abstimmen. Die morgige Beratung des Gemeinderats sei dann dem Vermögenshaushalt gewidmet. Weiter berichtet Herr Kiedaisch, dass es seit der Erstellung des Beratungsfahrplanes weitere Veränderungen gegeben habe. Er stellt diese an Hand einer Präsentation dar (Anlage 1 zur Niederschrift).

Alle bereits im Fahrplan ausgewiesenen und in der Sitzung angesprochenen Veränderungen im Verwaltungshaushalt werden im Verlauf der Beratung vom Gremium zustimmend zur Kenntnis genommen.

| | | |
|----------------|---|------------------------|
| TOP 1.1 | ANLAGE Haushaltsplan 2013 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2012-2016 | Vorl.Nr. 446/12 |
|----------------|---|------------------------|

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.

Beratungsverlauf:

Im Gremium besteht Konsens darüber, den Antrag zur Beratung im 1. Halbjahr 2013 an die Haushaltsstrukturkommission zu verweisen.

Antragstext:

Wir beantragen, die nachfolgenden Haushaltskürzungen je einzeln zu beschließen:

- | | | |
|----|--|----------------|
| 1. | Die Personalkosten/Stellen werden nicht nur um 500.000, sondern um 1,5 Mio. pauschal gekürzt. Der Kürzungsbetrag beläuft sich somit auf - <i>abgelehnt</i> | 1.000.000,-- € |
| 2. | Die vorgesehene globale Minderausgabe mit 1 Mio. € wird erhöht auf 1,5 Mio. €. Der Kürzungsbetrag beläuft sich somit auf - <i>abgelehnt</i> | 500.000,-- € |
| 3. | <i>keine Beratung</i> | |
| 4. | Der für die nichtstädtischen Kindergartenträger vorgesehene Zuschuss wird laut Stadtverwaltung in der für 2013 vorgesehenen Höhe nicht benötigt, die Einsparung beträgt mindestens | 250.000,-- € |
| 5. | <i>keine Beratung</i> | |

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die Ziffer 1 des Antrags wird mit 7 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Kreiser (geschäftl. verhindert)

Stadträtin Schübler (dienstl. Verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)

Die Ziffer 2 des Antrags wird mit 12 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Kreiser (geschäftl. verhindert)
Stadträtin Schübler (dienstl. Verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Seybold

Ja 7 Nein 26 Enthaltung 3

Beratungsverlauf:

Zu Ziffer 1:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) stellt dar, zusätzlich zu der bereits von der Verwaltung im Zusammenhang mit der Stellenentwicklungsplanung vorgeschlagenen Kürzung der Personalausgaben um 500 000 € sei eine zusätzliche Kürzung um weitere 1.000.000 €, wie dies von der FW-Fraktion beantragt worden sei, nicht realisierbar.

Stadträtin **Schneller** begründet den Antrag ihrer Fraktion damit, dass Stellenzuwächse nicht nur im nachvollziehbaren Bereich der Bildung und Betreuung zu verzeichnen seien, sondern auch in anderen Bereichen, in denen ihrer Ansicht nach Personal eingespart werden könne. Neben anderen Bereichen weist sie exemplarisch auf die Stelle des Bahnhofmanagers, das Vermessungswesen, das Aufgabengebiet Sicherheit und Ordnung und das Referat Nachhaltige Stadtentwicklung hin.

OBM **Spec** gibt zu bedenken, die Beratung und Beschlussfassung über einzelne Stellen sprengt heute den Rahmen. Entweder könne man pauschal über den Antrag der FW-Fraktion abstimmen oder dem Verwaltungsvorschlag folgen und die Thematik in die Haushaltsstrukturkommission verweisen. Dort könne die Verwaltung dann erläutern, welche Maßnahmen und Einzelbeschlüsse sich hinter den einzelnen Stellen verbergen. Beispielhaft verweist er für die Zuwächse im Bereich Sicherheit und Ordnung auf den neu eingerichteten Kommunalen Ordnungsdienst.

Stadtrat **Herrmann** spricht sich gegen die Verweisung entscheidungsreifer Anträge aus. Die Themen Stellen und Personalkosten seien im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung mit den Vorl. Nr. 398/12 und 487/12 ausführlich diskutiert worden. Auf der Basis der dort von der Verwaltung gelieferten Informationen sehe die CDU-Fraktion die Einsparung von nochmals 1 Mio. € als kaum realisierbar und lehne den Antrag daher mehrheitlich ab. Grundsätzlich sehe seine Fraktion pauschale Kürzungen – und so auch die globale Minderausgabe – kritisch und plädiere künftig für genaue Zuordnungen, was wo eingespart werden könne und solle.

Auch Stadtrat Dr. **Bohn** wendet sich gegen undifferenzierte Kürzungsvorschläge. Er teilt die Auffassung seines Vorredners, dass die Verwaltung mit der Vorl. Nr. 487/12 die Stelleplanung ausreichend konkretisiert und plausibel erläutert habe. Seine Fraktion könne dem Antrag daher ebenfalls nicht zustimmen.

Den Antrag der FW-Fraktion ablehnen will auch Stadtrat Dr. **Vierling** namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Auch seine Fraktion habe nach den ausführlichen Erläuterungen der Verwaltung

zum Stellenplan keine Ansätze für weitere Kürzungsmöglichkeiten gesehen.

Stadtrat Dr. **Heer** verbindet seine Stellungnahme zum Antrag mit einer Erklärung zum Abstimmungsverhalten der FDP-Fraktion. Seine Fraktion lehne die Erhöhung der der Realsteuerhebesätze grundsätzlich ab und habe aus diesem Grund keine Anträge gestellt, die zu Ausgabenmehrungen führten. Vielmehr habe sie Deckungsvorschläge für den Fall eines Verzichts auf die Hebesatzerhöhung gemacht, die jedoch nur in Verbindung mit dem Hauptantrag zum Zuge kommen sollten. Die Intention der Ziffer 1 der Vorl. Nr. 528/12 teile er, jedoch sehe er den Betrag von 1. Mio € als nicht realistisch an. Als einen der Deckungsvorschläge habe er daher eine zusätzliche Ersparnis bei den Personalausgaben in Höhe von rund 300 000 € vorgeschlagen. Im Verlauf der weiteren Beratung senkt er diesen Betrag – auch nach Hinweis von Herrn **Nitzsche** (FB Organisation und Personal) auf die reduzierten Personalkosten auf Grund einer Änderung der KitaVO – auf 200 000 €.

Stadtrat **Hillenbrand** bezeichnet auch im Namen von Stadträtin Burkhardt eine pauschale Kürzung bei den Personalausgaben als nicht vertretbar. Erst nach einer Prüfung der Ursachen für Erhöhung der Ausgaben und nach einer konkreten Aufgabenkritik könne man entscheiden, wo man sparen könne und wolle.

Nachdem sich das Gremium mehrheitlich abstimmungsbereit erklärt hat, lässt OBM **Spec** zunächst über den Antrag der FW-Fraktion; Vorl. Nr. 528/12 Ziff.1, abstimmen.

Nach Ablehnung dieses Antrages ruft er den abweichenden Antrag der FDP-Fraktion, eine pauschale Kürzung der Personalausgaben um 200 000 €, zur Abstimmung auf.

Dieser wird mit 5 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen ebenfalls abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Kreiser (geschäftl. verhindert)
Stadträtin Schübler (dienstl. verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)

Zu Ziffer 2:

Herr **Kiedaisch** verweist auf seine Stellungnahme zu Ziffer 1. Die von der Verwaltung vorgeschlagene globale Minderausgabe i.H.v. 1 Mio. € sei – insbesondere zusätzlich zu der Kürzung der Personalausgaben um 500 000 € - bereits sehr ambitioniert. Eine Erhöhung um weitere 500 000 € halte er nicht für realisierbar.

Stadtrat **Glasbrenner** wendet ein, im Vergleich der Städte in der Region Stuttgart weise Ludwigsburg mit Abstand die höchsten Verwaltungs- und Betriebsausgaben aus. Die von ihm vorgeschlagene Kürzung betrage in Relation zu den Gesamtausgaben 0,2% und müsse mit gutem Willen umsetzbar sein.

EBM **Seigfried** unterstützt die Ansicht von Herrn Kiedaisch und fordert das Gremium auf, statt pauschaler Kürzungsanträge genau zu benennen, wo konkret reduziert werden könne und solle. Dies müsse in der Haushaltsstrukturkommission geschehen.

OBM **Spec** plädiert mit Verweis auf die Planungssicherheit dafür, die Höhe der globalen Minderausgabe bei 1 Mio. € zu belassen. Stelle sich im Laufe des Jahres heraus, dass zusätzliche 500 000 € eingespart werden könnten, sei dies trotzdem noch möglich.

Anschließend lässt OBM **Spec** über die Ziffer 2 der Vorl. Nr. 528/12 Beschluss fassen.

Zu Ziffer 4:

Herr **Kiedaisch** macht darauf aufmerksam, dass die beantragte Kürzung bereits mit dem Änderungsverzeichnis umgesetzt worden sei und verdeutlicht dies an Hand einer Präsentation (Anlage 2 zur Niederschrift).

Die Ziffer 4 der Vorl.Nr. 528/12 ist damit erledigt.

TOP 1.1.3

Stellenbedarfsplan

Vorl.Nr. 553/12

**- Antrag von Stadträtin Burkhardt (LUBU) und
Stadtrat Hillenbrand (Linke) vom 21.11.2012**

Antragstext:

Der Stellenbedarfsplanentwurf 2014 wird nach Anhörung aller Fachbereiche und des Personalrats im 1. Halbjahr 2013 in **transparenter** Form dem Gemeinderat zur Diskussion vorgelegt und danach 4 Wochen öffentlich ausgelegt und in Informationsveranstaltungen erklärt.

Zur Festlegung des Bedarfs gehören: die Aufgaben, die Ziele, die durchschnittlichen Überstunden, der durchschnittliche Krankenstand und die Weiterbildung in den Fachbereichen.

Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung werden dokumentiert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Kreiser (geschäftl. verhindert)
Stadträtin Schübler (dienstl. verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)

Ja 2 Nein 34 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) erinnert daran, dass der Stellenbedarfsplan 2013 im Gremium vorgestellt und diskutiert worden sei. Dies werde man auch weiterhin so handhaben. Die Verwaltung halte jedoch den Stellenbedarfsplan für nicht der Bürgerschaft kommunizierbar oder mit dieser diskutierbar.

Stadträtin **Burkhardt** erklärt, ihr Antrag ziele im Prinzip auf einen Bürgerhaushalt. Dass die Verwaltung hierzu eine ablehnende Haltung habe, habe sie mit Vorl. Nr. 423/11 deutlich gemacht. Zudem sehe die Verwaltung hierin lediglich eine Möglichkeit, die Bürgerschaft zu informieren. Dies sei jedoch längst überholt. In vielen europäischen Städten werde bereits versucht, mit den „Bürgerhaushalten der 2. Generation“ das Wissen und die Erfahrungen der Bürgerschaft frühzeitig in Planungs- und Entscheidungsprozesse von Politik und Verwaltung einfließen zu lassen. Aus den Arbeitsgruppen in der Zukunftskonferenz 2012 wisse sie jedoch, welchen großen Wert auch Ludwigsburger interessierte Bürger und Bürgerinnen darauf legten, möglichst zu Beginn einer Planung in Diskussions- und Entscheidungsprozesse einbezogen zu werden. Nach allen Erfahrungen der Kommunen, die einen Bürgerhaushalt praktizierten, spare eine solche Beteiligung unendlich viel Zeit und Geld. Zur Aufgabenerfüllung gehöre ihrer Meinung nach auch das notwendige Personal. Stadtrat Hillenbrand und sie selbst hätten daher das Thema „Bürgerbeteiligung an der Haushaltsplanung“ an diesem Thema festgemacht.

OBM **Spec** bestätigt, dass ein Bürgerhaushalt „besser als nichts“ sei, wenn eine Stadt im Bereich der Bürgerbeteiligung noch ganz am Anfang stehe. Fachleute bestätigten jedoch, dass diese Form der Bürgerbeteiligung außer in punkto Imagegewinn wenig erfolgversprechend und zudem mit hohem Aufwand und Kosten verbunden sei. In Ludwigsburg sei man bereits einen Schritt weiter und praktiziere Bürgerbeteiligung das ganze Jahr hindurch in den verschiedensten Formen und zu den verschiedensten Themen. Die so gewonnenen Ergebnisse fänden Niederschlag in den Masterplänen, die ihrerseits wiederum die Grundlage für die Haushaltsplanung bildeten.

Frau **Burkhardt** erklärt daraufhin zu Protokoll:

„Sie haben jetzt, Herr Spec, alle Vorurteile gegen den Bürgerhaushalt zusammengestellt, die man nur finden kann, die heute aber überhaupt überholt sind. Ich möchte darauf in aller Deutlichkeit hinweisen. Es gibt heute neue Methoden, einen Bürgerhaushalt wirksam werden zu lassen und die Bürger und deren Anschauungen mit in den Haushalt einzubeziehen.“

OBM **Spec** stellt den Antrag Vorl. Nr. 553/12 zur Abstimmung.

TOP 1.1.4

Interkommunale Zusammenarbeit

Vorl.Nr. 546/12

**- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
21.11.2012**

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) berichtet, verwaltungsintern werde intensiv am Thema gearbeitet und die Verwaltung plane, in den kommenden Monaten in der Haushaltsstrukturkommission über aktuelle Entwicklungen zu berichten.

OBM **Spec** weist auf den verwaltungsinternen Masterplan IKZ hin, in dem zahlreiche realisierte und für andere Kommunen vorbildhafte Maßnahmen aufgelistet seien. Er sagt dessen Verteilung an die Gremienmitglieder zu.

Stadtrat Dr. **Vierling** betont, seine Fraktion freue sich und warte ungeduldig auf weitere städtische Initiativen zur Kooperation mit anderen Gemeinden. Eine konkrete Summe sei im Antrag nicht benannt und seine Fraktion könne einem Verweis in die gemeinderätlichen Gremien zustimmen. Allerdings bitte er darum, dass seiner Fraktion ein Zugang zur Internetseite IKZ des Städte- und Gemeindetages eingerichtet werde, da sich die Fraktion gerne weiter aktiv am Thema beteiligen

wolle.

Nachdem sich die Mehrheit des Gremiums gegen einen Verweis in die Haushaltsstrukturkommission ausspricht, sagt OBM Spec zu, der Antrag werde im 1. Halbjahr 2013 im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung beraten.

TOP 1.1.5 Aufgabenschwerpunkte im Verwaltungshaushalt nach Vorl.Nr. 513/12
Fachbereichen aufführen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 19.11.2012

Antragstext:

Bei der Darstellung der Aufgabenschwerpunkte in den einzelnen Unterabschnitten der Fachbereiche sollten wo möglich messbare Ziele mit Kennzahlen/Indikatoren der Zielerreichung für das kommende HH-Jahr beschrieben werden.

In einer weiteren Rubrik sollte eine Bewertung der Jahresziele des Vorjahres vorgenommen werden, ob und wie das Ziel erreicht wurde

Ja: Zielerreichungsdaten / Kennzahlen / Indikatoren

Nein: Ursachen / Faktoren für die Nichterreichung

 Weiterverfolgung des Ziels oder Änderung des Ziels im neuen Jahr

Beratungsverlauf:

Herr Kiedaisch (FB Finanzen) bestätigt, der Antrag sei ganz im Sinne der Verwaltung. Im Haushaltsplan 2013 seien bereits erste Ansätze enthalten. Im Haushaltsplan 2014 werde der Antrag im Rahmen der Umstellung auf NKHR umgesetzt.

Der Antrag ist mit dieser Zusage erledigt.

TOP 1.1.6 Einführung Bürgerhaushalt Vorl.Nr. 545/12
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
21.11.2012

Antragstext:

Die Stadt Ludwigsburg führt erstmals für das Haushaltsjahr 2014 einen Bürgerhaushalt z.B. nach dem Stuttgarter Vorbild ein. Zu diesem Zweck informiert sie ab Frühjahr 2013 mit einer Broschüre

zum städtischen Haushalt und zum Beteiligungsverfahren. Das Beteiligungsverfahren findet im Sommer 2013 statt.

Betroffener Unterabschnitt: 9100
Betrag: Organisationskosten Kämmerei

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Kreiser (geschäftl. verhindert)
Stadträtin Schübler (dienstl. verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)

Ja 5 Nein 29 Enthaltung 2

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) erinnert an die Vorl. Nr. 423/11, in welcher die Verwaltung das Thema Bürgerhaushalt grundsätzlich beleuchtet habe. Zudem weist er darauf hin, dass im Frühjahr 2013 eine Broschüre veröffentlicht werde, die über den städtischen Haushalt und die Aufgaben der Stadtverwaltung informieren solle. Ergänzend bittet er um Verständnis dafür, dass das Jahr 2014 ungeeignet für einen Versuch mit dem Bürgerhaushalt sei, da der FB Finanzen bereits mit der Einführung des NKHR bis an die Grenzen ausgelastet sei.

Stadtrat Dr. **Vierling** stellt dar, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen teile die Begeisterung für den Bürgerhaushalt, die Stadträtin Burkhardt bereits bei einem vorhergehenden Tagesordnungspunkt zum Ausdruck gebracht habe. Auch ihm seien zahlreiche Erfolgsberichte bekannt. Die Bürgerbeteiligung in Ludwigsburg habe für ihn noch viel zu stark den Charakter eines „Wunschzettels“ und es sei ihm ein großes Anliegen, die Bürgerschaft über einen Bürgerhaushalt auch in unangenehme Finanzierungsfragen einzubeziehen.

OBM **Spec** vertritt hingegen die Ansicht, dass in Ludwigsburg keine „Wünsch-dir-was-Veranstaltungen“ durchgeführt würden. Den Verantwortlichen der Stadtverwaltung sei nicht nur das Mitreden, sondern auch die Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger immer ein großes Anliegen.

Anschließend stellt er den Antrag Vorl. Nr. 545/12 zur Abstimmung.

Antragstext:

Das Projekt „Kunst im öffentlichen Raum Ludwigsburg 2014“, dargestellt in Vorl. 383/12, unter großer Zustimmung beraten im WKV-Ausschuss am 25.09.2012 und am 10.10.2012 im Gemeinderat, wird durchgeführt und finanziert.

Betroffener Unterabschnitt: 6300
Betrag: 95.000 € im Jahr 2013

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 13 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Kreiser (geschäftl. verhindert)
Stadträtin Schübler (dienstl. verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)

Ja 13 Nein 20 Enthaltung 3

Beratungsverlauf:

Stadtrat Dr. **Vierling** erklärt, er freue sich über die Bedeutung Ludwigsburgs als Kulturstadt und anerkenne auch die gute Arbeit, die hierfür geleistet werde. Allerdings definiere sich die Stadt aus seiner Sicht zu wenig über die Installation „zweckfreier“ Kunst im Straßenraum. Die letzte Triennale sei aus Sicht seiner Fraktion bereits zu lange her.

Stadträtin **Kopf** erinnert daran, dass ihre Fraktion der Vorl. Nr. 383/12 im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung zugestimmt habe und auch heute noch habe sie große Sympathien für die Idee einer Triennale. Allerdings sei die Weiterentwicklung der Ludwigsburger Betreuungslandschaft bei begrenzten Mitteln vorrangig und ihre Fraktion könne dem Antrag von Stadtrat Dr. Vierling daher heute nicht zustimmen.

Stadtrat Dr. **Bohn** hingegen vertritt die Auffassung, man habe seit der letzten Triennale bereits zu viel Zeit verstreichen lassen. Nachdem sich die städtischen Einnahmen gut entwickelten, könne man sich 2013 die Fortsetzung dieses sinnvollen Projekts leisten.

Stadtrat **Glasbrenner** weist darauf hin, man habe im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung nicht abgestimmt, sondern lediglich Positionen ausgetauscht. Einer Steuererhöhung zur Finanzierung von Projekten wie der Triennale wolle er nicht zustimmen.

Stadtrat Dr. Heer kann sowohl dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen als sich auch eine Verschiebung der Triennale um ein weiteres Jahr vorstellen.

OBM Spec ruft den Antrag Vorl. Nr. 543/12 zur Abstimmung auf.

TOP 1.1.8

**Öffentlichkeitsarbeit bei Kunst und Kultur
- Antrag der Stadträtin Lange vom 21.11.2012**

Vorl.Nr. 575/12

Antragstext:

Die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit bei Kunst und Kultur werden von 7.500 Euro um 2.500 auf 5.000 Euro gekürzt.

Betroffene Finanzposition: Unterabschnitt 3000 – Kunst und Kultur
(Verwaltungshaushalt)

Gruppierungsnummer 6000.000 (Seite 53)

Betrag: 5.000 Euro weniger 2.500 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Kreiser (geschäftl. verhindert)
Stadträtin Schübler (dienstl. verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)

Ja 7 Nein 29 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr Kiedaisch (FB Finanzen) erläutert, der Ansatz werde für eine sinnvolle Öffentlichkeitsarbeit zwingend benötigt.

Stadträtin Lange entgegnet, ein Ansatz wie im Jahr 2012 in Höhe von 2500 € müsse reichen.

OBM Spec lässt über den Antrag Vorl. Nr. 575/12 abstimmen.

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) erinnert daran, dass Fragen zum Personalkonzept bereits im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung im Zusammenhang mit dem Stellenplan erläutert worden seien. Im Haushaltsplan seien auch die entsprechenden Beträge eingestellt, die für den Betrieb des Museums erforderlich seien. Eine weitergehende Beratung könne im 1. Quartal 2013 im Zusammenhang mit dem Betriebskonzept erfolgen.

Auf Nachfrage von Stadtrat Dr. **Bohn** bestätigt Herr **Kiedaisch**, dass über die im Stellplan enthaltenen Stellen hinaus keine weiteren geplant seien.

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) weist auf die derzeit heterogene Situation bei den Mietkosten hin. Das Thema werde aufgearbeitet. Ein Bericht erfolge im 3. Quartal 2013 im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung sowie im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales.

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) informiert das Gremium darüber, dass die Verwaltung beim Thema regenerative Energien eng mit den Stadtwerken zusammenarbeite. Diese würden im 3. Quartal 2013 über aktuelle Aktivitäten auf diesem Gebiet berichten.

Stadträtin **Schittenhelm** moniert, eine Beschränkung auf die Stadtwerke sei zu wenig, der genannte Termin zu spät. Regenerative Energien seien ein Bestandteil des Energiekonzepts, daher solle regelmäßig und umfassend berichtet werden.

OBM **Spec** sagt daraufhin einen Bericht zum Thema regenerative Energien für das Ende des 1. Quartals 2013 zu.

Antragstext:

Der Haushaltsplan der Stadt Ludwigsburg stellt die Maßnahmen, Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit dem Gesamtenergie- und Klimaschutzkonzept in haushaltssystematisch geeigneter Weise zusammengefasst dar.

Beratungsverlauf:

Herr Kiedaisch (FB Finanzen) weist auf den Masterplan Energie hin, der die im Antrag aufgeworfenen Fragen beantworte. Die beantragte Darstellung im Haushalt sei aus haushaltsrechtlichen Gesichtspunkten nicht möglich.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt den Antrag mit dieser Erläuterung für erledigt.

Antragstext:

Folgende Strategien (vorausschauende Planungen) sollen in den folgenden vier Jahren durch konkrete Maßnahmen in die Realität umgesetzt werden:

- Nachhaltige Bodennutzung: Flächennutzungsplanfortschreibung mit Landschaftsplan,
- Erarbeitung eines Konzeptes zur Gewerbeflächennutzung im Innenbereich unter Berücksichtigung des Themas „Bessere Nutzung von ebenerdigen Parkplätzen in Gewerbegebieten“; Untersuchungen über mögliche Ausweisung von Kleingartengebieten im östlichen Stadtgebiet;
- Mobilitätskonzept: Minderung der Luftschadstoffe und des Lärms durch die die Stärkung umweltfreundlicher Verkehrsarten wie ÖPNV (Bahnsteigerhöhung als Planungsaufgabe der Bahn AG, neues Bus-Liniennetz erstellen), Fuß- und Gehwegeplanung; die Ausweisung von Tempo-30 Zonen (nachts) in Wohnbereichen der Friedrichstraße und der B 27;
- Sozial- und umweltverträgliche Energiekonzepte als Teil von Bebauungsplänen und sonstigen größeren Baumaßnahmen;
- Schutz und Pflege des Grundwassers und lokaler Wasservorkommen durch Quellenkataster, Erhalt der Grundwassererneuerung bei Baumaßnahmen, Beseitigung von Risikopotentialen für das Grundwasser im Bestand, Beseitigung von Verdolungen bei fließenden Gewässern.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Kreiser (geschäftl. verhindert)
Stadträtin Schüßler (dienstl. verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Lutz (geschäftl. Verhindert)

Ja 7 Nein 25 Enthaltung 3

Beratungsverlauf:

Herr **Geiger** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) verweist auf die Masterpläne, die unter anderem Grundlage für Flächennutzungspläne und Bebauungspläne seien, die dann in den gemeinderätlichen Gremien behandelt würden. Die angesprochenen Strategien fänden hierbei alle Berücksichtigung, der Antrag sei damit aus seiner Sicht bereits erledigt.

Stadträtin **Burkhardt** hält entgegen, das einzig nachhaltige an der nachhaltigen Entwicklung in Ludwigsburg sei die Stagnation. Lärmaktionsplan, Luftschadstoffreduzierung, Flächennutzungsplanfortschreibung, Förderung des Busverkehrs, Fußwegekonzept – all dies sei bereits angekündigt, aber bisher nicht umgesetzt worden.

OBM Spec lässt über den Antrag Vorl. Nr. 557/12 Beschluss fassen.

TOP 1.1.14

**Kürzung der Ausgaben für die E-Mobilität
- Antrag der Stadträtin Lange vom 21.11.2012**

Vorl.Nr. 573/12

Antragstext:

Die Projektausgaben für die e-Mobilität werden von 64.000 Euro um 40.000 Euro auf 24.000 Euro gekürzt.

Betroffene Finanzposition: Unterabschnitt 6135 – Integrierte Stadtentwicklung,
Energie und Europa
(Verwaltungshaushalt)

Gruppierungsnummer 6083.000 (Seite 201)

Betrag: 24.000 Euro weniger 40.000 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Kreiser (geschäftl. verhindert)
Stadträtin Schüßler (dienstl. verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Lutz (geschäftl. verhindert)

Ja 5 Nein 26 Enthaltung 4

Beratungsverlauf:

Herr **Geiger** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) verwehrt sich gegen den Eindruck, dass die Ausgaben für die e-Mobilität signifikant gestiegen seien. Vielmehr seien für das Jahr 2013 Ansätze, die bisher auf unterschiedlichen Haushaltspositionen veranschlagt gewesen seien, erstmals zusammengeführt worden.

OBM Spec ruft den Antrag Vorl. Nr. 573/12 zur Abstimmung auf.

TOP 1.1.15

**Gewerbeflächennutzung im Innenbereich
- Antrag der Stadträte Burkhardt (LUBU) und
Hillenbrand (Linke) vom 21.11.2012**

Vorl.Nr. 558/12

Beratungsverlauf:

Herr **Geiger** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) sagt zu, der Bericht zum Antrag werde im Januar 2013 im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung erfolgen.

Antragstext:

Die Stadtverwaltung stellt das Leitbild und die Strategien der Ludwigsburger Sozialpolitik (ohne die Pflichtaufgaben) dar.

Dazu gehören:

- Auflistung der Zielgruppen und vorgesehene Ziele für diese Gruppen mit Zeitplan (Konzeption);
- Personalausstattung mit Fachkräften und/oder
- Vereinbarungen mit Leistungsträgern;
- Öffnungszeiten bzw. Betreuungszeiten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Kreiser (geschäftl. verhindert)
Stadträtin Schüßler (dienstl. verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Lutz (geschäftl. verhindert)
Stadtrat Seybold

Ja 2 Nein 32 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

OBM Spec verweist auf das Stadtentwicklungskonzept, dessen Masterpläne die gewünschten Informationen bereits enthielten. Der Aufbau paralleler Berichtsstrukturen sei weder sinnvoll noch unter Kapazitätsgesichtspunkten leistbar.

Stadträtin Burkhardt wendet ein, Sozialpolitik sei keines der 11 Themenfelder des Stadtentwicklungskonzepts. Sie erwarte, dass dieses für die Bevölkerung wichtige Themenfeld in die Stadtentwicklungsplanung aufgenommen werde. Erste Aufgabe solle es dabei sein, eine aktuelle Zusammenstellung der Aktivitäten der Stadt außerhalb der Pflichtaufgaben „Kindererziehung in Krippen und Kindergärten“ vorzulegen.

Stadtrat Hillenbrand weist ergänzend auf die Bedeutung der Sozialpolitik hin sowie auf die drohenden Folgekosten, falls diese vernachlässigt werde.

OBM Spec hält dem entgegen, die Sozialpolitik sei kein eigenständiges Themenfeld, sondern durchziehe gleichsam alle 11 Masterpläne und sei auch in diesen verortet. Anschließend lässt er über den Antrag Vorl. Nr. 554/12 Beschluss fassen.

Beratungsverlauf:

Nachdem von Seiten der Verwaltung eine Verweisung in die beratenden Ausschüsse vorgeschlagen wird, stellt Stadtrat **Herrmann** den Antrag, heute über den vorliegenden Haushaltsantrag zu beschließen.

Der Antrag auf Beschlussfassung wird mit 12 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Kreiser (geschäftl. verhindert)
Stadträtin Schübler (dienstl. verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Lutz (geschäftl. verhindert)
Stadtrat Seybold

Daraufhin sagt OBM **Spec** eine Behandlung des Antrags Vorl. Nr. 561/12 im Rahmen der Beratung der Lärmaktion im 1. Halbjahr 2013 zu.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** weist darauf hin, dass der jüngst beschlossene Schulentwicklungsplan selbstverständlich für alle Stadtteile gelte.

Der Antrag Vorl. Nr. 549/12 ist mit dieser Erläuterung erledigt.

Abweichender Antragstext:

Der Gemeinderat beschließt, die Betreuung der Schulkinder entsprechend der Vorl. Nr. 377/12, Weiterentwicklung der Ganztagesbetreuung an Ludwigsburger Grundschulen, ab dem Schuljahr 2013/14 qualitativ und quantitativ auszubauen. Details sind im zuständigen Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales im 1. Quartal 2013 zu beraten.

Die Elternbeiträge werden hierfür nicht erhöht. Die Mehrkosten von rund 100.000,- € pro Jahre werden aus dem städtischen Haushalt finanziert. Die Haushaltsplanansätze 2013 für die Elternbeiträge im Unterabschnitt 2910, Betreuungsangebote an Schulen, bleiben deshalb unverändert. Die Entwicklung der Elternbeiträge ab dem Schuljahr 2014/15 orientiert sich zukünftig an der Gebührenentwicklung für den Besuch von Kindertageseinrichtungen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Antrag wird mit 11 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Kreiser (geschäftl. verhindert)
Stadträtin Schübler (dienstl. verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Lutz (geschäftl. verhindert)
Stadtrat Hillenbrand
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) weist eingangs darauf hin, dass die von der Stadtverwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Elternbeiträge noch nicht in den Haushaltsplan eingearbeitet worden sei.

Stadtrat Dr. **Bohn** modifiziert im Rahmen der Aussprache den Antrag Vorl. Nr. 519/12.

Die neue Formulierung wird als Tischvorlage ausgeteilt.

Stadtrat **Herrmann** erachtet den Antrag der SPD-Fraktion als diskussionswürdig und die dort abgebildeten Tendenzen als grundsätzlich richtig. Allerdings sei seine Fraktion nicht bereit, heute ohne konkrete Informationen einen pauschalen Beschluss zu fassen. Er schlägt daher vor, den Antrag in den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales zu verweisen und dort gemeinsam mit der Vorl. Nr. 377/12 zu behandeln.

Stadtrat Dr. **Vierling** schließt sich seinem Vorredner an.

Die Stadträte **Glasbrenner** und **Heer** empfehlen eine Diskussion im Rahmen der Klausur des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales Anfang 2013.

Stadtrat Dr. **Bohn** macht die Zustimmung seiner Fraktion zur Erhöhung der Realsteuerhebesätze hingegen abhängig von einer Entscheidung über diesen Antrag. Er wolle keine Doppelbelastung für Familien durch höhere Steuern und eine gleichzeitige Anhebung der Elternbeiträge. Daher bitte er darum, über den Antrag seiner Fraktion zu entscheiden.

OBM **Spec** lässt sodann über den neu formulierten Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

| | | |
|-------------------|--|------------------------|
| TOP 1.1.20 | Essensversorgung der Kinder in Kindertagesstätten und Schulen | Vorl.Nr. 535/12 |
| | - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2012 | |

Beratungsverlauf:

Die Behandlung des Antrags erfolgt im Rahmen der Klausur des Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales im Januar 2013.

| | | |
|-------------------|---|------------------------|
| TOP 1.1.21 | Zeitungslesecke Kulturzentrum | Vorl.Nr. 526/12 |
| | - Antrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2012 | |

Beratungsverlauf:

Der Antrag soll im 2. Quartal 2013 im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales behandelt werden.

| | | |
|-------------------|---|------------------------|
| TOP 1.1.22 | Kein Stillstand bei der Stadtbibliothek | Vorl.Nr. 574/12 |
| | - Antrag der Stadträtin Lange vom 21.11.2012 | |

Antragstext:

Für das kommende Haushaltsjahr werden höhere Gelder für die Neuanschaffung von Medien für die Stadtbibliothek bewilligt.

Betroffene Finanzposition: Unterabschnitt 3520 – Stadtbibliothek

(Verwaltungshaushalt)
Gruppierungsnummer 5900.000 (Seite 126)

Betrag: 300.000 Euro mehr 92.500 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 11 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
 Stadtrat Haag (krank)
 Stadträtin Kreiser (geschäftl. verhindert)
 Stadträtin Schübler (dienstl. verhindert)
 Stadtrat Weiss (Urlaub)
 Stadtrat Lutz (geschäftl. verhindert)
 Stadtrat Seybold
 Stadträtin Liepins

Ja 11 Nein 17 Enthaltung 5

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) informiert darüber, dass der Ansatz gemeinsam mit dem Leiter der Stadtbibliothek erarbeitet worden sei und von diesem als auskömmlich eingeschätzt werde.

OBM **Spec** lässt über den Antrag Vorl. Nr. 574/12 abstimmen.

TOP 1.1.23

**Notwendige Zahl von Schulsozialarbeiterstellen
- Antrag der Stadträte Burkhardt (LUBU) und
Hillenbrand (Linke) vom 21.11.2012**

Vorl.Nr. 555/12

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** sagt für das 1. Quartal 2013 einen Bericht im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales zu.

Beratungsverlauf:

Der Bericht zum Antrag erfolgt im 2. Quartal 2013 im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales sowie im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt.

Beratungsverlauf:

Herr Kiedaisch (FB Finanzen) stellt dar, dass in Ludwigsburg nicht die Stadt, sondern der Landkreis Träger des ÖPNVs sei. Ein steuerlicher Querverbund sei unter diesen Voraussetzungen so nicht umsetzbar. Er empfehle, die auch im Antrag angesprochenen anstehenden Veränderungen abzuwarten und dann das Thema gegebenenfalls wieder aufzugreifen.

OBM Spec sagt einen Bericht über aktuelle Entwicklungen für das 2. Halbjahr 2013 zu.

Zur Verlängerungslinie „Gegen Eich“ berichtet BM Schmid, die Verwaltung befinde sich derzeit in Gesprächen mit dem Landkreis und es werde geprüft, ob eine Bezuschussung möglich sei.

Antragstext:

1. Ab 2013 wird die ab 2010 gestrichene Förderung des Jahrestickets des VVS und des Umweltjahrestickets wieder eingeführt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zusammen mit dem VVS die erfolgreiche Werbeaktion 2010 zur Nutzung des ÖPNV durch Ludwigsburger Bürger und Bürgerinnen ab 63 Jahren jedes Jahr zu wiederholen und sich an den Kosten zu beteiligen.

Finanzposition: 1.7920.7180.000 (2009)
Betrag: 50.000 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Kreiser (geschäftl. verhindert)
Stadträtin Schübler (dienstl. verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Lutz (geschäftl. verhindert)

Ja 6 Nein 26 Enthaltung 3

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) erinnert daran, das Auslaufenlassen der Förderung von Jahres- und Umwelttickets sei einer der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen aus dem Jahr 2010 gewesen. Er empfehle, diese Entscheidung beizubehalten.

Stadtrat **Hillenbrand** führt an, die Bezuschussung der beiden Tickets sei ein kleiner, aber wichtiger Beitrag zur Attraktivierung des ÖPNVs. Nachdem sich seit den Konsolidierungsbemühungen im Jahr 2010 die finanzielle Lage der Stadt wieder verbessert habe und auch die damals beschlossenen Kürzungen auf anderen Gebieten, beispielsweise bei der Förderung von Vereinen, zurückgenommen worden seien, sei es nur gerecht, den ÖPNV-Zuschuss ebenfalls wieder einzuführen.

OBM **Spec** ruft den Antrag Vorl. Nr. 562/12 zur Abstimmung auf.

TOP 1.1.27

Stellplätze für Carsharing

Vorl.Nr. 539/12

**- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
21.11.2012**

Beratungsverlauf:

Die Beratung erfolgt im 2. Quartal 2013 im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt.

TOP 1.1.28

**Stadtplanungskonzept zur Umsetzung von
Barrierefreiheit, Unterstützung und Mobilität der
älter werdenden Bürgerinnen und Bürger
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
21.11.2012**

Vorl.Nr. 550/12

Beratungsverlauf:

Die Beratung erfolgt im 1. Halbjahr 2013 im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt.

TOP 1.1.29

**Fuß- und Gehwegplanung in die Verkehrsplanung
integrieren
- Antrag der Stadträte Burkhardt (LUBU) und
Hillenbrand (Linke) vom 21.11.2012**

Vorl.Nr. 560/12

Antragstext:

1. Die umweltfreundliche Verkehrsart „Zu-Fuß-Gehen“ wird wieder in die Verkehrsplanung der Stadt Ludwigsburg aufgenommen.
- 2.1 2013 wird dem Gemeinderat ein Plan der vernetzten Fußwege in der Innenstadt mit Ausbauvorschlägen vorgelegt.
- 2.2. Die Stadtverwaltung legt dem Gemeinderat ein Konzept für die Fußwegeanbindung der Stadtteile an die Innenstadt vor.
3. Die Stadtverwaltung legt dem Gemeinderat eine Zusammenstellung der fehlenden Gehwege im bebauten Stadtgebiet vor, in dem Zeitvorstellungen und grobe Kostenberechnungen für die Ausbauplanung enthalten sind.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 3 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Kreiser (geschäftl. verhindert)
Stadträtin Schüßler (dienstl. verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Lutz (geschäftl. verhindert)

Ja 3 Nein 28 Enthaltung 4

Beratungsverlauf:

Herr Kurt (FB Stadtplanung und Vermessung) erläutert, die Fuß- und Gehwegeplanung sei sowohl Bestandteil des Masterplans Mobilität als auch des Fußgängerwegezielkonzeptes. Insofern seien die beantragten Punkte aus seiner Sicht bereits umgesetzt.

OBM Spec ruft den Antrag Vorl. Nr. 560/12 zur Abstimmung auf.

TOP 1.1.30**Vermessungswesen****Vorl.Nr. 515/12****- Antrag der CDU-Fraktion vom 19.11.2012**

Beratungsverlauf:

Die Beratung erfolgt im 1. Quartal 2013 in der Haushaltsstrukturkommission.

TOP 1.1.31**Reinigungsarbeiten in Eigenregie****Vorl.Nr. 556/12****- Antrag der Stadträte Burkhardt (LUBU) und Hillenbrand (Linke) vom 21.11.2012**

Beratungsverlauf:

Herr Kiedaisch (FB Finanzen) berichtet, die Verwaltung strebe das Gegenteil des beantragten Vorgehens an. Bei der Fremdvergabe der Reinigung habe man die Erfahrung gemacht, dass diese ohne Qualitätseinbußen deutlich kostengünstiger sei. Diesen Weg wolle man weiter beschreiten.

OBM Spec sagt für das 1. Halbjahr 2013 einen Bericht im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung zu.

TOP 1.1.32**Intensivere Zusammenarbeit im "Konzern Stadt"****Vorl.Nr. 527/12****- Antrag der FW-Fraktion vom 20.11.2012**

Antragstext:

Die Stadtverwaltung prüft, wenn Bedarf bei der Verwaltung nach weiteren Büroräumen besteht, ob diese von z.B. der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH zur Verfügung gestellt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Kreiser (geschäftl. verhindert)
Stadträtin Schübler (dienstl. verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Lutz (geschäftl. verhindert)

Ja 35 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) stellt dar, die Verwaltung trage der Zielsetzung des Antrags bereits grundsätzlich Rechnung und prüfe zunächst eine Unterbringung im eigenen Bestand bzw. dem der Wohnungsbau GmbH. Im konkreten Fall des Eigenbetriebs Stadtmarketing, Tourismus und Veranstaltungsstätten habe es jedoch gute Grüne gegeben, hiervon abzuweichen. Dies sei auch im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 27.11.2012 so beschlossen worden.

Auf Bitte von Stadtrat **Glasbrenner** lässt OBM **Spec** dennoch über die Vorl. Nr. 527/12 abstimmen.

| | | |
|-------------------|---|------------------------|
| TOP 1.1.33 | Zukunftskonzept zur Nutzung des 2013/14 frei werdenden Gebäudes der Silcherschule - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2012 | Vorl.Nr. 548/12 |
|-------------------|---|------------------------|

Beratungsverlauf:

Das Gremium erklärt mehrheitlich, der Überschrift des Antrags („Die Stadtverwaltung legt rechtzeitig ein Zukunftskonzept zur Nutzung des 2013/14 frei werdenden Gebäudes der Silcherschule vor“) zustimmen zu können, nicht jedoch der in der Begründung vorgeschlagenen Einschränkung der Prüfung auf ein „Haus der Kulturen und Integration“ oder ein „Haus der Jugendkultur“.

Vorsitzender und Gremium verständigen sich daher darauf, den Antrag ergebnisoffen und ohne vorherige Festlegung einer möglichen Nutzung im 1. Halbjahr 2013 im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales sowie im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt zu beraten.

Antragstext:

Die Haushaltsstelle 1.5800.5100.000 'Unterhaltung von Grünanlagen' wird um 150.000 € erhöht

betroffene Finanzposition: 1.5800.5100.000
Betrag: 150.000 EUR

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 16 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Kreiser (geschäftl. verhindert)
Stadträtin Schübler (dienstl. verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Lutz (geschäftl. verhindert)
Stadtrat Kirnbauer

Ja 16 Nein 18 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) weist darauf hin, dass die Mittel für die Unterhaltung von Grünanlagen auf verschiedene Haushaltspositionen aufgeteilt seien. Insgesamt seien 3,6 Mio. € und damit etwas mehr als im Vorjahr veranschlagt. Laut FB Tiefbau und Grünflächen sei der eingestellte Betrag auskömmlich.

Stadtrat **Kopp** wendet ein, vergleichbare Städte hätten – umgerechnet auf die jeweilige Einwohnerzahl – einen höheren Etat für die Pflege von Grünanlagen. Werde bei der Pflege übertrieben gespart, mache dies oft verfrühte Ersatzpflanzungen erforderlich.

Stadträtin **Schittenhelm** kann den Aufstockungsantrag prinzipiell unterstützen, sieht jedoch nicht mangelnde Pflege, sondern eine von Beginn an falsche Standortwahl als Ursache für Nachpflanzungen.

Stadträtin **Burkhardt** stimmt ihrer Vorrednerin darin zu. Es müsse verstärkt in geeignete Baumstandorte investiert werden.

Stadtrat **Herrmann** gibt zu Bedenken, eine reine Etataufstockung sei wenig wirksam, wenn das Personal zur Umsetzung der gewünschten Zusatzmaßnahmen nicht reiche.

Stadtrat **Glasbrenner** schließt sich dieser Auffassung an.

Stadträtin **Liepins** will dem Antrag grundsätzlich zustimmen, die Fachdiskussion jedoch in den zuständigen gemeinderätlichen Ausschuss verweisen.

OBM **Spec** stellt den Antrag zur Abstimmung und betont, dass die Fachdiskussionen um Baumstandorte und ähnliche Fragestellungen selbstverständlich im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt geführt würden.

TOP 1.1.35

Zielvereinbarung Eigenbetrieb

Vorl.Nr. 544/12

Veranstaltungsstättenmanagement

**- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
21.11.2012**

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) beurteilt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Verlustausgleich für den Eigenbetrieb Veranstaltungsstättenmanagement um 10% zu reduzieren, als unrealistisch. Der Wirtschaftsplan sei auf Grundlage der bisherigen Veranschlagung im Haushaltsplan geplant, erhoffte Einnahmeerhöhungen bei der Arena seien bereits einberechnet.

Stadtrat **Gericke** betont, seine Fraktion sehe im Antrag kein Misstrauensvotum gegen den künftigen Leiter des Eigenbetriebs, sondern lediglich einen Ansporn. Aus den noch nicht abschätzbaren Synergieeffekten erhoffe sich seine Fraktion zumindest einige finanzielle Verbesserungen.

Stadtrat Dr. **Bohn** schließt sich der Einschätzung der Verwaltung an. Für konkrete Forderungen sei der falsche Zeitpunkt. Diese könnten – nach ersten Erfahrungswerten – vielleicht in ein bis zwei Jahren gestellt werden.

Auch Stadtrat **Glasbrenner** will dem Eigenbetrieb eine gewisse Zeit zugestehen, um sich als neues Konstrukt aufzustellen und „sich zu finden“. Die Forderung nach Abschluss einer Zielvereinbarung halte er jedoch für nachvollziehbar und sinnvoll.

Stadtrat **Herrmann** teilt die Einschätzung seines Vorredners. Er schlägt vor, die Vereinbarung von Zielen dem Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung zu übertragen.

Im Verlauf der Beratung modifiziert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag dahingehend, dass auf die Festlegung eines konkreten Prozentsatzes für die Reduzierung des Verlustausgleichs im Verwaltungshaushalt verzichtet werde. Der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung, der künftig zugleich Betriebsausschuss des Eigenbetriebs sein werde, solle mit der Schließung von Zielvereinbarungen mit dem Eigenbetrieb beauftragt werden.

Das Gremium trägt diesen Vorschlag mehrheitlich mit.

Antragstext:

Wir beantragen, die nachfolgenden Erhöhungen der Einnahmenplansätze je einzeln zu beschließen:

- | | | |
|----|---|-------------------------|
| 1. | Durch die Erhöhung der November-Steuerschätzung des Landes ergibt sich eine höhere Zuführungsrate (2,1 auf 3,5 Mio. €), zusätzlich | 1.400.000,-- € |
| 2. | Die veranschlagten Gewerbesteuerereinnahmen werden um 2 Mio. € erhöht - <i>abgelehnt</i> | 2.000.000,-- € |
| 3. | Der zur Thesaurierung vorgesehene Teilgewinn der Stadtwerke Ludwigsburg wird nicht für den Erwerb des Stromnetzes angespart, sondern wie bisher ausgeschüttet. Sollten dadurch steuerliche Nachteile entstehen, ist zu prüfen, wie dieser Gewinn der Stadtverwaltung zugeführt werden kann. Die zusätzlichen Einnahmen daraus betragen | 2.000.000,-- € |
| | Der Gesamtbetrag beläuft sich auf | 5.400.000,-- € ===== |

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die Ziffer 2 des Antrags wird mit 13 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Kreiser (geschäftl. verhindert)
Stadträtin Schübler (dienstl. verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Lutz (geschäftl. verhindert)

Beratungsverlauf:Ziffer 1:

Die Ziffer 1 ist durch Umsetzung im Änderungsverzeichnis erledigt.

Ziffer 2:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) erläutert eingangs, die Ziffer 2 des Antrags ziele nicht auf eine Hebesatzerhöhung, sondern lediglich auf eine Erhöhung der Ansätze für die geplanten Gewerbesteuereinnahmen. Er spricht sich dafür aus, lieber etwas zu vorsichtig, als übertrieben optimistisch zu planen und weist auf ortsspezifische Besonderheiten mit Auswirkung auf die Gewerbesteuereinnahmen in Ludwigsburg hin.

Stadtrat **Glasbrenner** bestätigt, seine Fraktion habe die konservative Planung in den vergangenen Jahren mitgetragen. Nun aber mehrten sich die Zeichen, dass für 2013 auch in Ludwigsburg eine gute Entwicklung der Gewerbesteuer zu erwarten sei. Entsprechend könne dann auch veranschlagt werden.

Stadtrat **Hillenbrand** erinnert daran, dass man mit der zurückhaltenden Veranschlagung in den letzten Jahren gut gefahren sei. Er warne davor, hiervon in der Absicht, durch eine höhere Veranschlagung eine Anpassung der Hebesätze zu vermeiden, abzuweichen.

Stadtrat **Herrmann** kann die Argumentation von Herrn Kiedaisch hinsichtlich der örtlichen Besonderheiten nachvollziehen. In der Vergangenheit habe man auf dieser Basis eine große Übereinstimmungsgenauigkeit zwischen veranschlagten Steuereinnahmen und tatsächlichen Einnahmen erzielt.

Stadtrat **Müller** erklärt, seine Fraktion sei durchaus bereit, eine konservative Planung zu akzeptieren. Im Umfeld der Debatte um mögliche Steuereinnahmen sei allerdings auch der Optimismus, den die FW-Fraktion an den Tag lege, unterstützenswert. Daher werde seine Fraktion dem Antrag zustimmen.

OBM **Spec** lässt über die Ziffer 2 der Vorl. Nr. 529/12 abstimmen.

Ziffer 3:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) berichtet, bereits in den letzten Jahren sei vom dem in der Holding entstandenen Gewinn stets ein Teil nicht ausgeschüttet, sondern in der Holding als Kapitalrücklage für den Stromnetzerwerb thesauriert worden sei. Auch für 2013 empfehle er, hieran festzuhalten. Zudem gelte es zu bedenken, dass eine Ausschüttung mit 15% Kapitalertragssteuer plus Solidaritätszuschlag belastet werde.

Stadtrat **Glasbrenner** hält bei den aktuell relativ günstigen Zinssätzen eine weitere Erhöhung der Rücklage für den Stromnetzerwerb für wenig sinnvoll.

Herr **Kiedaisch** bietet an, nach Festsetzung des Kaufpreises den Antrag im Zusammenhang mit der Diskussion über Gesamtfinanzierung des Stromnetzes den Antrag aufzugreifen und zu berücksichtigen. Die Beratung könne voraussichtlich noch im 1. Quartal 2013 erfolgen.

Antragstext:

1. Die Geschäftsführung der PAG wird beauftragt dem Aufsichtsrat geeignete Vorschläge zur weiteren Reduzierung des Defizits zum Beschluss vorzulegen.
2. Die Stadtverwaltung setzt Maßnahmen um, um die Auslastung der Parkhäuser der PAG zu erhöhen.

betroffene Finanzposition: 1.8300.2100.000 Gewinnabführung Städtische
Holding Ludwigsburg GmbH
Betrag: rd. 200.000 EUR

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 8 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Kreiser (geschäftl. verhindert)
Stadträtin Schübler (dienstl. verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Lutz (geschäftl. verhindert)

Ja 8 Nein 23 Enthaltung 4

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) empfiehlt, den Antrag an den Aufsichtsrat der PAG zu verweisen.

Stadtrat **Herrmann** schlussfolgert, ein geringeres Defizit müsse in erster Linie über höhere Parkgebühren erwirtschaftet werden. Diese führten in der Konsequenz zu einem stärkeren Druck auf kostenfreie Parkplätze, damit zu einem zunehmenden Parksuchverkehr und zu einem höheren Schadstoffausstoß. Er lehne den Antrag daher ab.

Stadtrat Dr. **Bohn** und Stadtrat **Glasbrenner** sehen in der Verringerung des Defizits eine der Kernaufgaben der Geschäftsführung der PAG. Diese sei auch stets darum bemüht, neue Geschäftsfelder zu erschließen und neue Kunden zu gewinnen. Die in der Begründung zum Antrag genannten Instrumente seien jedoch die falschen.

Auch Stadtrat Dr. **Heer** kann zwar die Intention des Antrags, die Reduzierung des Defizits der PAG, teilen, jedoch nicht die zur Erreichung dieses Ziels vorgeschlagenen Mittel.

OBM Spec weist darauf hin, dass die PAG gerade im letzten Jahreszeitraum eine deutliche Reduktion des Zuschussbedarfs habe realisieren können. Er fordert dazu auf, den erfolgreich eingeschlagenen Kurs beizubehalten und zu unterstützen.

Auf Wunsch von Stadtrat Gericke lässt OBM Spec sodann über den Antrag Vorl. Nr. 538/12 abstimmen.

TOP 1.1.38

**Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes auf 380 v.H.
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2012**

Vorl.Nr. 534/12

Antragstext:

Der Hebesatz der Gewerbesteuer wird zum 01.01.2013 auf 380 v.H. erhöht.

Betroffener Unterabschnitt: 9000

Betrag: ca. 933.000 € Mehreinnahmen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 8 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Kreiser (geschäftl. verhindert)
Stadträtin Schübler (dienstl. verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Lutz (geschäftl. verhindert)

Ja 8 Nein 25 Enthaltung 2

Beratungsverlauf:

Die Beratung über die Erhöhung der Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer erfolgt en bloc.

Herr Kiedaisch (FB Finanzen) gibt an Hand einer Präsentation einen Überblick über die beabsichtigte Erhöhung der Realsteuerhebesätze, über deren Begründung sowie über die zu erwartenden Auswirkungen (Anlage 3 zur Niederschrift).

Nach Abschluss des Verwaltungsvortrags beantragt Stadtrat Dr. **Bohn** gemäß § 22 (3) Buchstabe g der Geschäftsordnung eine 5minütige Sitzungsunterbrechung.

Das Gremium stimmt dem Antrag einmütig zu.

Im Anschluss an die Sitzungsunterbrechung spricht zunächst Stadträtin **Klett-Heuchert** für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie führt aus, die Einnahmen aus Grund- und Gewerbesteuer seien wesentliche Grundlagen für die Finanzausstattung der Kommunen. Diese würden erst durch sie in die Lage versetzt, eine gute Infrastruktur zu schaffen. Die Stadt Ludwigsburg habe in den vergangenen Jahren – insbesondere durch den Ausbau der Infrastruktur – enorm an Attraktivität gewonnen. Allerdings koste der Ausbau, der verpflichtende und freiwillige Leistungen umfasse, viel Geld. Auch in den kommenden Jahren stehe ein hohes Pensum an Aufgaben und Ausgaben an. Wolle man nicht sämtliche Rücklagen restlos aufzehren, komme man nicht umhin, die Steuern zu erhöhen. Die Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes zumindest auf das Niveau vor seiner Absenkung vor 12 Jahren sei unter diesen Voraussetzungen äußerst modert, auch eine Erhöhung auf 380% sei vertretbar. Sie bedauere, dass die SPD-Fraktion für Grund- und Gewerbesteuer lediglich 375% vorschlage und dies zudem an einen Verzicht auf die Erhöhung von Elternbeiträgen für die Schulkindbetreuung kopple. Letzteres fordere auch ihre Fraktion, ziehe dann jedoch folgerichtig die Konsequenz, dass die Steuern deutlich angehoben werden müssten. Bereits im letzten Jahr habe es Signale aus der Wirtschaft gegeben, dass eine Hebesatzerhöhung als angemessen empfunden worden wäre. Um den wirtschaftlichen Aufschwung nicht zu gefährden, habe man die Erhöhung dann noch einmal verschoben. Ihre Fraktion sehe es heute als Akt der Solidarität an, dass sich die Gewerbetreibenden nach langer Senkung der Steuer wieder etwas stärker an den Aufgaben der Stadt beteiligten, von denen sie auch selbst profitierten. Schwerer als die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes falle ihrer Fraktion die Anhebung des Grundsteuerhebesatzes. Dieser sei erst 2010 um 50 Hebesatzpunkte angehoben worden und Familien hätten immer mehr und immer höhere Kosten, insbesondere Kinderbetreuungskosten, zu tragen. Trotzdem habe sich ihre Fraktion dazu durchgerungen, einer Erhöhung zuzustimmen. Mit den von der Verwaltung vorgeschlagenen 390% liege Ludwigsburg immer noch unter dem landesweiten Durchschnitt. Zudem sei ein steuerfinanzierter Ausbau der Kinderbetreuung immer noch besser, als diese Last über erhöhte Elternbeiträge einseitig bei den Betroffenen abzuladen. Hier hoffe sie auf das Verständnis der Bevölkerung und bitte um Zustimmung zum Antrag ihrer Fraktion.

Stadtrat **Herrmann** stellt dar, die CDU-Fraktion sei bei Steuererhöhungen immer besonders kritisch. Vor einer Steuererhöhung müsse zwingend ein strikter Sparkurs stehen. Im Verwaltungshaushalt sei dies seiner Meinung nach auch erfolgt. Im Vermögenshaushalt befinde man sich auf einem guten Weg hin zu vernünftigen, aber ausreichenden Standards. Andererseits gelte es zu berücksichtigen, dass seit nunmehr 15 Haushaltsjahren die Gewerbesteuer nicht erhöht worden sei. In dieser Zeit sei von der Verwaltung dreimal der Vorschlag gemacht worden, die Gewerbesteuer zu erhöhen. Seine Fraktion habe dies jedes Mal abgelehnt – insbesondere in wirtschaftlich schlechten Zeiten – und habe sich damit als verlässlich erwiesen. 2002 habe sich Ludwigsburg sogar dem Trend zu Steuererhöhungen entgegengesetzt und die Gewerbesteuer gesenkt. In den letzten 15 Jahren habe sich jedoch in Ludwigsburg einiges geändert: die U3-Betreuung sei hinzugekommen, man habe mehr Schulsozialarbeiter und Kindergärten hätten deutlich erweiterte Öffnungszeiten und es sei gerade auch der Wunsch der Wirtschaft, dass berufstätige Eltern auf eine verlässliche Betreuung zurückgreifen könnten. Heute werde nun von manchen argumentiert, dass in Zeiten hohen Gewerbesteueraufkommens auf Grund der guten Konjunktur nicht auch noch der Hebesatz erhöht werden solle. Allerdings sei es für Unternehmer jetzt leichter, eine Steuererhöhung zu verkraften, als in Zeiten einer Krise. Nachdem man in den vergangenen Jahren bereits die Gebühren und die Grundsteuer erhöht habe, könne auch keine Rede davon sein, dass Lasten einseitig auf die Unternehmer verlagert würden. Seine Fraktion wolle auch weiterhin verlässlich bleiben. Sie habe bereits vor einem Jahr angekündigt, dass sie

offen für eine Steuererhöhung sei und verbinde ihre Zustimmung am heutigen Tage mit der festen Absicht, die Gewerbesteuer wieder für lange Zeit stabil zu halten. Die CDU-Fraktion stimme daher mit großen Bedenken, aber in Verantwortung für den Stadthaushalt mehrheitlich der von der Verwaltung vorgeschlagenen Anhebung der Gewerbesteuerhebesätze zu. Bei der Grundsteuer werde – bei Zustimmung zur Verwaltungsvorlage und ebenfalls betrachtet auf den Zeitraum der letzten 15 Jahre – eine Wohnung von 80-90m² mit rund 20 € jährlich zusätzlich belastet. Dies sei für den einzelnen Steuerpflichtigen vergleichsweise wenig, für den Stadthaushalt insgesamt jedoch ein außerordentlicher Betrag. Seine Fraktion werde also der von der Stadt vorgeschlagenen Erhöhung auf 390% zustimmen, sollte diese keine Mehrheit finden auch einer Erhöhung auf 375%. Man wolle jedoch auch hier für mehrere Jahre verlässlich sein und im kommenden Jahr keiner erneuten Erhöhung zustimmen.

Stadtrat Dr. **Bohn** erinnert daran, dass die SPD-Fraktion schon im vergangenen Jahr, als sich die Konjunktur bereits positiv entwickelt habe, keine Gründe mehr gesehen habe, die vor einigen Jahren vorgenommene Steuersenkung nicht zurückzunehmen und den Hebesatz auf 375% zu erhöhen. Es sei ohnehin fraglich, ob die damalige Hebesatzsenkung die beste Entscheidung gewesen sei, weshalb er in einer Rücknahme keine wirkliche Erschwernis sehe. Ohnehin sei nicht mal $\frac{1}{4}$ aller Betriebe gewerbesteuerpflichtig. Bei der Grundsteuer liege die Sache anders und seine Fraktion tue sich schwer damit, hier den Hebesatz anzuheben. Natürlich könne man argumentieren, dass die 20€, mit denen der Eigentümer einer durchschnittlichen Wohnung jährlich zusätzlich belastet werde, für sich betrachtet ein vergleichsweise geringer Betrag seien. Allerdings sei dies eine zu isolierte Betrachtung. Die Mieten in Ludwigsburg seien in den letzten Jahren geradezu nach oben geschneilt und auch die Energiekosten explodierten. Wo das Wohnen an sich immer teurer werde, tue jeder zusätzliche Euro weh. Auf der anderen Seite sei im Vergleich mit anderen Städten eine moderate Erhöhung durchaus angemessen. Zudem seien die zusätzlichen Einnahmen für den Verwaltungshaushalt wichtig. Seine Fraktion verbinde daher ihre Zustimmung zu einer Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes mit der Forderung, dass die im Frühjahr zu beschließende Neugestaltung der Gebührenstruktur in der Kinder- und Jugendbetreuung sowie im Schulbereich kostenneutral umgesetzt werde. Auch die Sozialstaffelung müsse aufrechterhalten werden. Insofern müsse sichergestellt sein, dass die in diesem Bereich bereits veranschlagten zusätzlichen Gebühreneinnahmen von 100 000 € wieder korrigiert würden. Die Anhebung der Grundsteuer auf 375% bedeute schließlich ein Plus von 600 000 €, sodass die 100 000 € aus dem Betreuungsbereich gut abgedeckt werden könnten. Weiter rechne er mit zusätzlichen Steuereinnahmen, so dass die Gesamtfinanzierung des Haushalts gelingen könne. Seine Fraktion verweigere sich also nicht der Notwendigkeit, eine gesicherte Finanzierung sicherzustellen, und halte daher an einer Erhöhung auf 375% fest. Einer Anhebung auf 390% könne sie jedoch nicht zustimmen.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) stellt klar, dass die von Stadtrat Dr. Bohn angesprochene mögliche Erhöhung der Gebühren für Ganztages- und Kernzeitenbetreuungsangebote noch nicht im Haushaltsplanentwurf veranschlagt sei.

Stadtrat **Glasbrenner** beklagt, wenn man Finanzmittel benötige gebe es hierfür nur die Wege Steuern erhöhen oder Ausgaben senken. Ersterer sei bedauerlicher Weise oft leichter. Wolle man heute wie vorgestellt eine große Anzahl neuer Projekte finanzieren, verbrauche man hierfür nicht nur Rücklagen, sondern man müsse in den kommenden Jahren auch mit erheblichen Folgekosten rechnen. Wenn man nun berücksichtige, dass laut Zensus in Ludwigsburg in der Zukunft deutlich weniger Einwohner lebten, verteilten sich diese Folgekosten zudem auf weniger Schultern. Dies entspreche in keiner Weise dem Ziel der Generationengerechtigkeit. Die FW-Fraktion fordere daher nachdrücklich, zunächst die Ausgaben noch weiter reduzieren. Man habe hier unbestritten bereits große Fortschritte gemacht, in der letzten Zeit auf Grund der guten finanziellen Ausstattung allerdings etwas die Zügel schleifen lassen. Man müsse sich nun daran gewöhnen, dass nicht alles wünschenswerte gemacht oder in der hochwertigsten Variante umgesetzt werden könne. Auch andere Städte, die weder über die Rücklagen Ludwigsburgs verfügten noch die Steuern erhöhten, müssten ihre Pflichtaufgaben erfüllen und oftmals gelänge dies deutlich billiger als in Ludwigsburg. Was die angestrebte Erhöhung der Grundsteuer anbelange, so müsse berücksichtigt

werden, dass die Stadt Ludwigsburg im interkommunalen Vergleich der IHK sowohl beim Aufkommen an Einkommenssteuer als auch bei der Grundsteuer auf Platz 19 von 25. Ludwigsburg habe also keine besonders einkommensstarken Bürger und der bisherige Grundsteuerhebesatz korrespondiere hiermit. Bei der Gewerbesteuer hingegen könne man zusammenfassend festhalten, dass die Stadt Ludwigsburg beim Vergleich der Umlagezahlungen auf Platz 2 von 25 liege. Und nur der, der viel Geld habe, zahle auch viel Umlage. Seien Fraktion sehe daher die Gewerbesteuererhöhung kritisch und warne vor dem Trugschluss, dass höhere Steuereinnahmen zugleich auch insgesamt höhere Einnahmen bedeuteten. So könne beispielsweise die Spendenneigung der ortsansässigen Firmen bei steigender Steuerlast drastisch zurückgehen. Zudem gelte auch zu bedenken, dass eine erhöhte Gewerbesteuer letzten Endes zu erhöhten Verbraucherpreisen führe und eine Grundsteuererhöhung in aller Regel an den Mieter weitergegeben werde. In Kombination mit den extrem hohen Miet- und Mietnebenkosten in Ludwigsburg sei dies eine nicht zu unterschätzende Belastung. Die FW-Fraktion plädiere daher dafür, den „Spargedanken höher zu hängen“ und lehne die Erhöhung der Steuerhebesätze ab.

Stadtrat Dr. **Heer** spricht für die FDP-Fraktion. Aus seiner Sicht sei im Entwurf des Haushaltsplanes eine ganze Reihe von Optionen zu weitergehenden Einsparungen oder zur Erzielung von Mehreinnahmen enthalten. Exemplarisch führt er die im Vergleich zu den Haushaltsrichtlinien des Landes sehr moderat angesetzten Schätzungen der Steuermehreinnahmen oder die Senkung der Kreisumlage an. Hinzu kämen die im Antrag seiner Fraktion aufgelisteten Einsparmöglichkeiten. Er bedauere sehr, dass seine Fraktion im Gemeinderat auf eine „Steuererhöhungskoalition“ getroffen sei, die sich dazu entschlossen habe, die Erhöhung unabhängig zu den doch vorhandenen Potentialen im Haushalt durchzusetzen. Seine Fraktion könne jedoch eine solche Umverteilung weg vom Bürger und hin zum Staat, wie sie durch die Erhöhung von Hebesätzen vorgenommen werde, nicht unterstützen. Sodann nimmt er auf seine Stellungnahme zur Haushaltseinbringung Bezug. Er habe für die Region Stuttgart ermittelt, wie diejenigen Städte mit relativ hohen Gewerbesteuersätzen im Vergleich der tatsächlichen Steuereinnahmen abschnitten. Mehrheitlich wiesen diese Städte unterdurchschnittliche Steuereinnahmen pro Kopf aus. Umgekehrt zeige sich auch, dass diejenigen Städte mit relativ niedrigen Hebesätzen in der Mehrheit relativ hohe Steuereinnahmen pro Kopf zu verzeichnen. Insofern sei auch aus fiskalpolitischen Gesichtspunkten die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes vielleicht auf kurze, jedoch nicht auf lange Sicht sinnvoll. Was die Grundsteuer anbelange, so teile seine Fraktion die bereits vorgetragenen Bedenken. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass der Hebesatz der Grundsteuer in der letzten Zeit bereits zweimal angehoben worden sei und auch die Grunderwerbssteuer erhöht worden sei, könne er einer Anhebung auch auf 375% nicht zustimmen. Aus diesen Gründen werde seine Fraktion alle Anträge auf Steuererhöhungen ablehnen.

Stadtrat **Hillenbrand** spricht auch im Namen von Stadträtin Burkhardt. Er wendet sich an Stadtrat Herrmann und erklärt, er hätte sich darüber gefreut, wenn die CDU-Fraktion Gebührenerhöhungen mit einer ähnlichen Vorsicht angehen würde, wie Steuererhöhungen. Von der FDP-Fraktion wünsche er sich etwas mehr Einsicht in die Notwendigkeiten. Er und Stadträtin Burkhardt stimmten der Gewerbesteuererhöhung zu. Allerdings sei die Belastung der Grundeigentümer und Mieter im Vergleich zur Belastung der Gewerbetreibenden nicht akzeptabel. Während die Gewerbesteuer seit 2001 nicht erhöht worden sei – trotz dringender Notwendigkeit und obwohl die Belastung für die meisten Betriebe eigentlich unbedeutend sei – seien im gleichen Zeitraum die Grundsteuerhebesätze um 24% bzw. um 28% angehoben worden. Und hier spreche keiner davon, inwieweit diese Belastung vertretbar sei. Von einer gerechten Lastenverteilung könne hier nicht gesprochen werden. Trotzdem seien er und Stadträtin Burkhardt bereit, unter der Prämisse einer gleichzeitigen Anhebung der Gewerbesteuer auch einer Anhebung der Grundsteuer zuzustimmen.

Stadträtin **Lange** gibt zu bedenken, dass die Stadt im Haushaltsjahr 2012 von außerordentlich hohen Zahlungen der Steuerzahler profitiert habe. Statt diesem hierfür zu danken, wolle man nun durch Erhöhung der Hebesätze die Steuerlast weiter vergrößern. Statt die Steuern zu erhöhen müssten jedoch vorrangig die Ausgaben weiter reduziert werden. Es seien heute bereits genügend

anderweitige Sparvorschläge gemacht worden, so dass sie weder einer Erhöhung der Gewerbe- noch der Grundsteuerhebesätze zustimmen könne.

Stadtrat **Noz** gibt eine persönliche Erklärung zu seinem Abstimmungsverhalten ab und spricht damit zugleich für jenen Teil der CDU-Fraktion, der eine Erhöhung der Realsteuerhebesätze ablehne. Er mahnt dazu, den Leitsatz „Spare in der Zeit, so hast du in der Not“ mehr zu beachten und entsprechend antizyklisch zu handeln. Stattdessen habe man in Ludwigsburg derzeit ungewöhnlich hohe Steuereinnahmen, verbrauche gleichzeitig die Rücklagenmittel und plane trotzdem, die Hebesätze zu erhöhen. Die Folgen seien beängstigend. Er appelliere daher an den Gemeinderat, der maßgeblich über die Ausgaben der Stadt mitentscheide, zunächst diese zu reduzieren, bevor einer Steuererhöhung zugestimmt werde. Dies sei auch ein wichtiges Signal an die ortsansässigen Unternehmer und stärke das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Ludwigsburg. Zur Kostendeckung stimme er teilweise den Anträgen der anderen Fraktionen zu, gehe aber gleichzeitig davon aus, dass das Delta gar nicht so groß ausfallen werde, wenn man beispielsweise die Zuweisungen der Einkommenssteuer entsprechend den Empfehlungen ansetzen würde.

OBM **Spec** begründet die Verwaltungsposition sowie seine eigene Haltung. Er habe nicht den Eindruck, dass es sich diejenigen Gremienmitglieder es sich leicht machten, welche aus Verantwortung für den gesamtstädtischen Haushalt und zur Gegenfinanzierung der im Gremium mit großer Mehrheit beschlossenen Ausgaben einer Steuererhöhung zustimmten. Er habe auch den Eindruck, dass immer mehr Bürger erwarteten, dass die Politik in Notfällen auch zu unpopulären Maßnahmen greife und dazu stehe. Auch habe er Gespräche mit der Industrie- und Handelskammer geführt, und wenn man von der pflichtschuldigen Ablehnung ihres Präsidenten absehe, so erkenne man auch in der freien Wirtschaft an, dass die öffentliche Hand für massive zusätzliche Anstrengungen und Ausgaben im Bereich der Bildung und Betreuung oder beim kommunalen Ordnungsdienst auch eine entsprechende Gegenfinanzierung benötige. Erhalte sie diese nicht, verlagere man die Kosten lediglich auf kommende Generationen. Auch in der Bürgerversammlung zum Haushalt habe man ganz klar das Signal erhalten, dass man nicht dem „billigen Populismus“ unterliegen und Lasten auf künftige Generationen abwälzen solle. An Stadtrat Dr. Heer gewandt betont er, dass die Stadt Ludwigsburg in den vergangenen Jahren die erwähnten zusätzlichen Anstrengungen zunächst durch erhebliche Einsparungen zu kompensieren versucht habe. Insofern unterscheide sich Ludwigsburg auch darin von anderen Städten, dass man bei gleich guter Steuerentwicklung in den vergangenen Jahren gerade nicht zu zusätzlichen Kreditaufnahmen gegriffen habe. Unter diesen Voraussetzungen sei es aus seiner Sicht ein Zeichen von Realismus und Verantwortung, wenn man zunächst alles tue, zusätzliche unabdingbare Ausgaben durch Einsparungen an anderer Stelle auszugleichen und dass man – wenn man sehe, dass dies nicht ausreichen könne – den Mut zu unpopulären Entscheidungen aufbringe. Er selbst werde daher aus persönlicher Verantwortung und im Wissen um die Konsolidierungs- und Sparbemühungen der Verwaltung einer notwendigen, vertretbaren Anhebung der Realsteuerhebesätze anbelangen. Im Sinne der Verlässlichkeit der Stadt Ludwigsburg sei es ihm darüber hinaus wichtig, bereits heute festzuhalten, dass es in den nächsten Jahren keine weitere Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes geben werde.

Die Stadträte **Meyer** und **Glasbrenner** halten dem entgegen, dass sich die IHK auch schriftlich klar gegen eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes ausgesprochen habe. Stadtrat Meyer ergänzt, er habe in seiner Funktion als IHK-Beirat an dem von OBM Spec angeführten Gespräch teilgenommen. Dass die Wirtschaft bzw. die IHK eine Erhöhung der Hebesätze als unabdingbar anerkenne, habe er aus dem Gespräch nicht entnehmen könne. Dabei handle es sich um eine persönliche Wertung von Herrn Spec.

Stadtrat **Griesmaier** stellt nach § 22 Abs. 3 der Geschäftsordnung den Antrag auf Schluss der Debatte.

Dieser wird vom Gremium mehrheitlich angenommen.

Das Gremium stimmt für die Beschlussfassung über den Gewerbesteuerhebesatz folgender Abstimmungsreihenfolge zu:

| | | |
|---------------------|-----------------------|------|
| 1. Vorl. Nr. 534/12 | Bündnis 90/Die Grünen | 380% |
| 2. Vorl. Nr. 456/12 | Verwaltungsvorlage | 375% |
| Vorl. Nr. 572/11 | SPD | 375% |
| 3. Vorl. Nr. 552/12 | FDP | 360% |
| Vorl. Nr. 571/12 | Stadträtin Lange | 360% |

TOP 1.1.39

Erhöhung der Realsteuer-Hebesätze auf 01.01.2013

Vorl.Nr. 456/12

Beschluss:

1. Grundsteuer

Die Hebesätze für die Grundsteuer A und B werden ab 01.01.2013 von derzeit 360 v. H. auf 390 v. H. festgesetzt.

- *abgelehnt*

2. Gewerbesteuer

Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird ab 01.01.2013 von derzeit 360 v. H. auf 375 v. H. festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziffer 1 wird mit 12 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Der Beschluss zu Ziffer 2 wird mit 22 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Kreiser (geschäftl. verhindert)
Stadträtin Schübler (dienstl. verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Lutz (geschäftl. verhindert)

Beratungsverlauf:

Das Gremium stimmt für die Beschlussfassung über den Grundsteuerhebesatz folgender Abstimmungsreihenfolge zu:

| | | |
|---------------------|--------------------|------|
| 4. Vorl. Nr. 456/12 | Verwaltungsvorlage | 390% |
| 5. Vorl. Nr. 572/11 | SPD | 375% |

| | | |
|---------------------|------------------|------|
| 6. Vorl. Nr. 552/12 | FDP | 360% |
| Vorl. Nr. 571/12 | Stadträtin Lange | 360% |

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.1.38.

Das Gremium stimmt für die Beschlussfassung über den **Gewerbesteuerhebesatz** folgender Abstimmungsreihenfolge zu:

| | | |
|---------------------|-----------------------|------|
| 7. Vorl. Nr. 534/12 | Bündnis 90/Die Grünen | 380% |
| 8. Vorl. Nr. 456/12 | Verwaltungsvorlage | 375% |
| Vorl. Nr. 572/11 | SPD | 375% |
| 9. Vorl. Nr. 552/12 | FDP | 360% |
| Vorl. Nr. 571/12 | Stadträtin Lange | 360% |

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.1.38.

TOP 1.1.40 **Erhöhung der Realsteuer-Hebesätze auf 01.01.2013** **Vorl.Nr. 572/11**
- Abänderungsantrag zur Vorl. Nr. 511/11
- Antrag der SPD-Fraktion vom 06.12.2011

Antragstext:

1. Grundsteuer

Die Hebesätze für die Grundsteuer A und B werden ab 01.01.2013 von derzeit 360 v.H. auf 375 v.H. festgesetzt.

2. Gewerbesteuer

Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird ab 01.01.2013 von derzeit 360 v.H. auf 375 v.H. festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die Ziffer 1 des Antrags wird mit 23 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen beschlossen.

Die Ziffer 2 des Antrags wird mit 22 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)

Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Kreiser (geschäftl. verhindert)
Stadträtin Schübler (dienstl. verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Lutz (geschäftl. verhindert)

Beratungsverlauf:

Das Gremium stimmt für die Beschlussfassung über den **Grundsteuerhebesatz** folgender Abstimmungsreihenfolge zu:

| | | |
|----------------------|--------------------|------|
| 10. Vorl. Nr. 456/12 | Verwaltungsvorlage | 390% |
| 11. Vorl. Nr. 572/11 | SPD | 375% |
| 12. Vorl. Nr. 552/12 | FDP | 360% |
| Vorl. Nr. 571/12 | Stadträtin Lange | 360% |

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.1.38.

Das Gremium stimmt für die Beschlussfassung über den **Gewerbsteuerhebesatz** folgender Abstimmungsreihenfolge zu:

| | | |
|----------------------|-----------------------|------|
| 13. Vorl. Nr. 534/12 | Bündnis 90/Die Grünen | 380% |
| 14. Vorl. Nr. 456/12 | Verwaltungsvorlage | 375% |
| Vorl. Nr. 572/11 | SPD | 375% |
| 15. Vorl. Nr. 552/12 | FDP | 360% |
| Vorl. Nr. 571/12 | Stadträtin Lange | 360% |

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.1.38.

TOP 1.1.41

Realsteuerhebesätze

Vorl.Nr. 552/12

- Antrag der FDP-Fraktion vom 21.11.2012

Antragstext:

1. Grundsteuer

Die Hebesätze für die Grundsteuer A und B werden bei dem derzeitigen Satz von 360 v.H. belassen.

2. Die Hebesätze für die Gewerbsteuer wird bei dem derzeitigen Satz von 360 v.H. belassen.

betroffene Finanzpositionen: 1.9000.0001.000, 1.9000.0030.000

Betrag: **3 925 000.--**

- beide Ziffern abgelehnt

Beratungsverlauf:

Das Gremium stimmt für die Beschlussfassung über den **Grundsteuerhebesatz** folgender Abstimmungsreihenfolge zu:

| | | |
|----------------------|--------------------|------|
| 16. Vorl. Nr. 456/12 | Verwaltungsvorlage | 390% |
| 17. Vorl. Nr. 572/11 | SPD | 375% |
| 18. Vorl. Nr. 552/12 | FDP | 360% |
| Vorl. Nr. 571/12 | Stadträtin Lange | 360% |

Durch den mehrheitlichen Beschluss der Vorl. Nr. 572/12 ist eine Abstimmung über die Vorl. Nr. 552/12 und 571/12 obsolet. Die Anträge sind somit abgelehnt.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.1.38.

Das Gremium stimmt für die Beschlussfassung über den **Gewerbsteuerhebesatz** folgender Abstimmungsreihenfolge zu:

| | | |
|----------------------|-----------------------|------|
| 19. Vorl. Nr. 534/12 | Bündnis 90/Die Grünen | 380% |
| 20. Vorl. Nr. 456/12 | Verwaltungsvorlage | 375% |
| Vorl. Nr. 572/11 | SPD | 375% |
| 21. Vorl. Nr. 552/12 | FDP | 360% |
| Vorl. Nr. 571/12 | Stadträtin Lange | 360% |

Durch den mehrheitlichen Beschluss der Vorl. Nr. 456/12 und 572/11 ist eine Abstimmung über die Vorl. Nr. 552/12 und 571/12 obsolet. Die Anträge sind somit abgelehnt.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.1.38.

TOP 1.1.42

Keine Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer - Antrag der Stadträtin Lange vom 21.11.2012

Vorl.Nr. 571/12

Antragstext:

Die Gewerbesteuer und die Grundsteuer bleiben in Ludwigsburg entgegen anderen Absichten unverändert. Die entsprechenden Hebesätze werden nicht erhöht.
- *abgelehnt*

Beratungsverlauf:

Das Gremium stimmt für die Beschlussfassung über den **Grundsteuerhebesatz** folgender Abstimmungsreihenfolge zu:

| | | |
|----------------------|--------------------|------|
| 22. Vorl. Nr. 456/12 | Verwaltungsvorlage | 390% |
| 23. Vorl. Nr. 572/11 | SPD | 375% |
| 24. Vorl. Nr. 552/12 | FDP | 360% |
| Vorl. Nr. 571/12 | Stadträtin Lange | 360% |

Durch den mehrheitlichen Beschluss der Vorl. Nr. 572/12 ist eine Abstimmung über die Vorl. Nr. 552/12 und 571/12 obsolet. Die Anträge sind somit abgelehnt.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.1.38.

Das Gremium stimmt für die Beschlussfassung über den **Gewerbesteuerhebesatz** folgender Abstimmungsreihenfolge zu:

| | | |
|----------------------|-----------------------|------|
| 25. Vorl. Nr. 534/12 | Bündnis 90/Die Grünen | 380% |
| 26. Vorl. Nr. 456/12 | Verwaltungsvorlage | 375% |
| Vorl. Nr. 572/11 | SPD | 375% |
| 27. Vorl. Nr. 552/12 | FDP | 360% |
| Vorl. Nr. 571/12 | Stadträtin Lange | 360% |

Durch den mehrheitlichen Beschluss der Vorl. Nr. 456/12 und 572/11 ist eine Abstimmung über die Vorl. Nr. 552/12 und 571/12 obsolet. Die Anträge sind somit abgelehnt.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.1.38.

TOP 2 Eigenbetrieb Stadtmarketing, Tourismus und Veranstaltungsstättenmanagement

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkte 2.1 und 2.2.

TOP 2.1 Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Stadtmarketing, Vorl.Nr. 508/12 Tourismus und Veranstaltungsstätten

Beratungsverlauf:

Der Tagesordnungspunkt wird zur Vorberatung an den Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 11.12.2012 verwiesen. Die endgültige Beschlussfassung findet im Gemeinderat am 13.12.2012 statt.

Beschluss:

Dem beiliegenden Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtmarketing, Tourismus und Veranstaltungsstätten für das Wirtschaftsjahr 2013 wird zugestimmt (Anlage 4 zur Niederschrift).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 24 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Kreiser (geschäftl. verhindert)
Stadträtin Schüßler (dienstl. verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Lutz (geschäftl. verhindert)
Stadtrat Seybold
Stadtrat Lettrari
Stadtrat Siegmund
Stadträtin Liepins

Ja 24 Nein 3 Enthaltung 4

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) weist einleitend insbesondere darauf hin, dass im Wirtschaftsplan 2013 bereits Mehreinnahmen aus der Arena veranschlagt worden seien. Man wolle damit die feste Absicht dokumentieren, nach dem Start des neuen Eigenbetriebs die Arena noch erfolgreicher zu positionieren. Weiter weist er auf notwendige personelle Aufstockungen im Bereich des Rechnungswesens, der Assistenz und des Stadtmarketings hin. Darüber hinaus habe man sich weitestgehend an den bisherigen Ansätzen orientiert. Insgesamt weise der Eigenbetrieb noch ein Defizit von 5,9 Mio. € aus. Der künftige Leiter des Eigenbetriebs sei sich diesbezüglich jedoch der Erwartung in Gemeinderat und Verwaltungsspitze bewusst.

Die Stadträte **Herrmann** und Dr. **Bohn** erklären, sie könnten dem Wirtschaftsplan als „Starterhaushalt“ für das erste Betriebsjahr des Eigenbetriebs zustimmen. Die Feinsteuerung könne man dann gegebenenfalls im nächsten Jahr angehen. Stadtrat Herrmann betont zudem, dass mit der Zustimmung zum Wirtschaftsplan keine Entscheidung über den Namen des Eigenbetriebs oder dessen Werbestrategien verbunden sei.

Stadtrat **Glasbrenner** moniert den Zeitdruck, unter dem heute ohne Vorberatung entschieden werden solle. Er bittet um die Möglichkeit, auch nach der heutigen Beschlussfassung noch Detailfragen im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung zu besprechen.

Stadtrat **Kopp** schließt sich dem an. Er könne heute wegen noch offener Fragen keine Entscheidung treffen, sondern werde sich enthalten.

Stadtrat **Müller** teilt die Ansicht von Stadtrat Glasbrenner ebenfalls. Auch wenn einige Teilpositionen des Wirtschaftsplanes nicht von allen Fraktionsmitgliedern mitgetragen würden und einige Details noch zu klären seien, werde die FDP-Fraktion der Beschlussvorlage heute mehrheitlich zustimmen.

Stadträtin **Burkhardt** erinnert daran, sie und Stadtrat Hillenbrand hätten bereits dem Bau der Arena nicht zugestimmt, weil sie Zweifel an der Notwendigkeit einer solchen vorwiegend dem Leistungssport zuzurechnenden Sporteinrichtung gehabt hätten. Die Entwicklungen der letzten Jahre, die Aufgabe der Betriebsführung durch die BAM und die mühevollen Suche nach attraktiven Veranstaltungen habe sie in dieser Haltung bestärkt. Sie sei daher nicht bereit, den optimistischen Planansätzen von 1,6 Millionen Euro Zuschuss für die Arena plus Tiefgarage zuzustimmen.

Nach Abschluss der Aussprache sagt OBM **Spec** zu, die Vorlage werde im Januar 2013 nochmals im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung aufgerufen, um dort noch offene Fragen zu besprechen und gegebenenfalls Detailfestlegungen zu treffen.

TOP 3

Fortschreibung Kindertagesstättenvertrag

Vorl.Nr. 495/12

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend der Anlage 0 „Eckdaten zum Kindertagesstättenvertrag“ mit den Trägern Evang. Gesamtkirchengemeinde, Evang. Kirchengemeinde Poppenweiler, Kath. Gesamtkirchengemeinde Ludwigsburg und der AWO Ludwigsburg rückwirkend zum 01.09.2012 mit einer Laufzeit von 3 Jahren einen neuen Vertrag abzuschließen.

Mittel für die Umsetzung dieses Beschlusses stehen im Haushaltsplanentwurf 2013 (vorbehaltlich der Genehmigung) unter der Finanzposition 1.4641.7020 mit einem Volumen von 1.770.000,- € zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Kreiser (geschäftl. verhindert)
Stadträtin Schübler (dienstl. verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Lutz (geschäftl. verhindert)
Stadtrat Seybold
Stadtrat Lettrari
Stadtrat Siegmund
Stadträtin Liepins

Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM Spec stellt die Vorl. Nr. 495/12 zur Abstimmung.

TOP 4

**Antrag auf Schulzeitstreckung - G 9 - Mörike-
Gymnasium ab Schuljahr 2013/2014**

Vorl.Nr. 488/12

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 4.1.

TOP 4.1

**Antrag auf Schulzeitstreckung - G9 - Mörike-
Gymnasium ab Schuljahr 2013/2014
- abweichender Beschluss zu Vorlage Nr. 488/12**

Vorl.Nr. 617/12

Beschluss:

Dem Antrag des Mörike-Gymnasiums für einen G9-Schulversuch ab dem Schuljahr 2013/2014 wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Anträge einzureichen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 25 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Kreiser (geschäftl. verhindert)
Stadträtin Schübler (dienstl. verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)

Stadtrat Lutz (geschäftl. verhindert)
Stadtrat Seybold
Stadtrat Lettrari
Stadtrat Siegmund

Ja 25 Nein 7 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird vom Gremium verzichtet.

Stadträtin **Burkhardt** gibt eine Erklärung zu ihrem Abstimmungsverhalten ab. Der Stellungnahme des Rektors des Schillergymnasiums sei wenig hinzuzufügen. Das Land habe bei der Schulpolitik den Fehler gemacht, die von den Eltern nachdrücklich gewünschte Wiedereinführung von G-9-Gymnasien zahlenmäßig eng zu begrenzen. Dieser Fehler dürfe in Ludwigsburg nicht dadurch verstärkt werden, dass das Mörrike-Gymnasium als einziges Gymnasium mit G9 eine Sonderstellung erhalte mit all den Folgen für die Schulangebote, die zu Recht von den verantwortlichen Schulleitern befürchtet würden.

OBM **Spec** stellt die abweichende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vom 28.11.2012, Vorl. Nr. 617/12, zur Abstimmung.

TOP 5

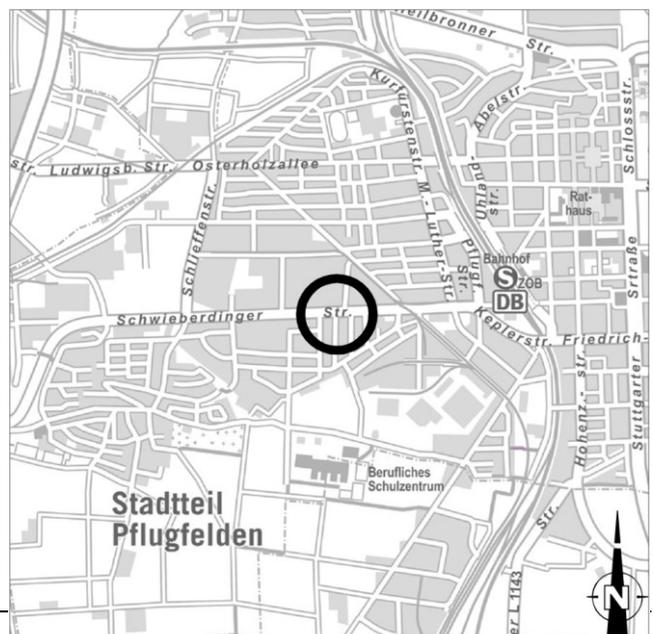
**Bebauungsplan "Werbeanlagen Schwieberdinger
Straße" Nr. 026/08**

Vorl.Nr. 482/12

- Aufstellungsbeschluss und frühzeitige Beteiligung -

Beschluss:

- I. Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Werbeanlagen Schwieberdinger Straße“ Nr. 026/08 wird beschlossen. Maßgebend für den Geltungsbereich ist der Plan des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom 15.11.2012.
- II. Ziel der Planung ist die Regelung der Art, Form und Größe von Werbeanlagen entlang der Schwieberdinger Straße als einer Haupteinfahrtsstraße.
- III. Das Verfahren wird im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung, dem Umweltbericht, der Angabe welche Arten



umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie der Zusammenfassenden Erklärung wird abgesehen.

IV. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Haberzeth-Grau (entschuldigt)
Stadtrat Haag (krank)
Stadträtin Kreiser (geschäftl. verhindert)
Stadträtin Schübler (dienstl. verhindert)
Stadtrat Weiss (Urlaub)
Stadtrat Lutz (geschäftl. verhindert)
Stadtrat Seybold
Stadtrat Lettrari
Stadtrat Siegmund

Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) weist auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt vom 29.11.2012 hin. Für die Ecke Eglosheimer Straße liege ein Antrag auf Installation dreier großflächiger, hinterleuchteter Werbeflächen vor. Die Stadtverwaltung wolle jedoch die Gestalt der historischen Allee in der Schwieberdinger Straße bewahren und auch den dort ansässigen Gewerbetreibenden genügend Raum für Eigenwerbung lassen. Aus diesem Grund bitte er um Zustimmung zur Vorl. Nr. 482/12.

Das Gremium verzichtet auf Aussprache.

OBM **Spec** lässt über die Vorl. Nr. 482/12 abstimmen.